

# Stadtverordnetenversammlung

## Protokoll Nr. STV/08/2008

über die öffentliche Sitzung am 29.09.2008,  
Reithalle des Marstalls

---

Beginn : 19:30 Uhr  
Ende : 22:40 Uhr

### **Anwesend**

#### **Vorsitz**

Herr Werner Bandick

#### **Stadtverordnete**

Frau Carola Behr  
Herr Thomas Bellizzi  
Frau Sabrina Bosse  
Frau Doris Brandt  
Frau Marion Clasen  
Herr Rafael Haase  
Frau Anna-Margarete Hengstler  
Herr Dr. Ernst-Jürgen Hoffmann  
Frau Nina Holers  
Herr Tobias Koch  
Herr Dirk Langbehn  
Frau Monja Löwer  
Herr Horst Marzi  
Herr Hartmut Möller  
Herr Thorsten Ortmann  
Frau Susanne Philipp-Richter  
Herr Steffen Rotermundt  
Herr Jörn Schade  
Herr Hinrich Schmick  
Frau Karen Schmick  
Herr Christian Schubbert-von-Hobe  
Herr Matthias Stern  
Frau Doris Unger  
Frau Birte Voß  
Herr Roland Wilde  
Frau Petra Wilmer

#### **weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder**

Herr Klaus Butzek  
Herr Hauke Feldvoss

- Seniorenbeirat -  
- Kinder- und Jugendbeirat -

## **Verwaltung**

Frau Ursula Pepper  
Herr Horst Kienel  
Herr Thomas Reich  
Herr Hanno Krause  
Frau Ewgenia Hagen  
Herr Andreas Zimmermann  
Herr Sven Wilke

- Protokoll -

## **Es fehlen entschuldigt**

## **Stadtverordnete**

Herr Christian Conring  
Herr Andreas Fleischer  
Herr Rolf Griesenberg  
Herr Jörg Hansen  
Herr Dieter Heidenreich  
Frau Annika Korts  
Frau Karin Kux

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

## **Behandelte Punkte der Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der vorangegangenen Sitzung
3. Einwohnerfragestunde
4. Mitteilungen des Bürgervorstehers
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Genehmigung des Protokolls Nr. 07/08 vom 14.07.08
7. Bericht der Bürgermeisterin
  - 7.1. Jahresbericht 2007 der Gleichstellungsbeauftragten
  - 7.2. Entscheidung über die Gültigkeit der Gemeindewahl am 25. Mai 2008 **2008/115**
8. Antrag der GRÜNEN auf Umbesetzung der Ausschüsse **AN/0015/2008**
9. 34. Flächennutzungsplanänderung der Stadt Ahrensburg für den Ortsteil Wulfsdorf **2008/105**
  - Aufstellungsbeschluss-
  - Zustimmung zum Entwurf -
  - Beschluss über die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB -
  - Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB -
10. 35. Flächennutzungsplanänderung - Gebiet Beimoor Süd Sportflächen **2008/096**
  - Gelände südlich der neuen Gewerbeflächen Beimoor Süd begrenzt östlich durch den verlängerten Kornkamp, südlich durch den Ostring und westlich angrenzend an das neue Gewerbegebiet des B-Planes Nr. 82
  - Zustimmung zum Vorentwurf
  - Aufstellungsbeschluss
  - Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange
  - Abstimmung mit der Landesplanungsbehörde
11. 36. Flächennutzungsplanänderung **2007/113**
  - Aufstellungsbeschluss
  - Bebauungsplan Nr. 67 - 2. Änderung
  - Aufstellungsbeschluss

- |     |  |                     |
|-----|--|---------------------|
| 12. | Bebauungspläne Nr. 88a und 88 b (östliche Erweiterung der Mischbauflächen Beimoor Süd und der Gewerbe- und Grünflächen)<br>- Änderung des Geltungsbereiches<br>- Aufstellungsbeschluss | <b>2007/160/1</b>   |
| 13. | Einziehung eines Parkplatzes   | <b>2008/149</b>     |
| 14. | Ausbau des verlängerten Heinz-Beusen-Stieges<br>- Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe   | <b>2008/117/2</b>   |
| 15. | Kulturzentrum Marstall<br>- Nachtrag 2008  | <b>2008/123/1</b>   |
| 16. | Aufstellung des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein<br>- Anhörungs- und Beteiligungsverfahren gemäß Landesplanungsgesetz<br>- Stellungnahme der Stadt Ahrensburg               | <b>2008/133/1</b>   |
| 17. | Gebührensatzung der Volkshochschule der Stadt Ahrensburg   | <b>2008/134</b>     |
| 18. | Grundschule Am Reesenbüttel<br>- Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 82 GO für den Einbau einer neuen Unterdecke in der kleinen Turnhalle -                              | <b>2008/141</b>     |
| 19. | 2. Änderungssatzung zur Hauptsatzung   | <b>2008/144</b>     |
| 20. | Änderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung  | <b>2008/145</b>     |
| 21. | Europaweites Interessenbekundungsverfahren zum Bau und Betrieb eines Parkhauses in der Innenstadt  | <b>AN/0014/2008</b> |

## **1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Bürgervorsteher Bandick begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

## **2 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der vorangegangenen Sitzung**

Den Vorschlägen für die Wahl von Schöffen und Jugendschöffen wurde zugestimmt. Ein Erlass von Steuerforderungen wurde beschlossen. Ebenso die Kalkulation für Grundstückspreise in Beimoor-Süd.

## **3 Einwohnerfragestunde**

Frau Steinweg und Herr Dzubylla vermuten, dass die Umsetzung des Muschelläufers verschleppt werde. Auf Nachfrage erläutert die Bürgermeisterin, dass die Angelegenheit im November im Bau- und Planungsausschuss beraten werde.

Herr Neitzke macht Ausführungen zu seinem Leserbrief bezüglich der nicht öffentlichen Sondersitzung des Bau- und Planungsausschusses in der Sommerpause. Dieser war im Markt und sieben Wochen später in der Ahrensburger Zeitung veröffentlicht worden.

Herr Lübcke und Frau Ungewitter nehmen kritisch Stellung zur geplanten Flächennutzungsplanänderung im Bereich Wulfsdorf. Sie beziehen sich dabei insbesondere auf das Thema Verkehr bzw. Parken. Im Verlauf der Beratung dieses Punktes erläutert der Stadtverordnete Haase, dass die Detailplanung erst in der Beratung des Bebauungsplanes erfolge. Dann sei auch eine Beteiligung möglich.

Herr Knoll regt an, im Rahmen der Behandlung des Antrages der CDU-Fraktion hinsichtlich eines Interessenbekundungsverfahrens für ein Parkhaus, auch zu berücksichtigen, dass durch die Bebauung im AOK-Bereich Parkplätze wegfielen und ein Ersatz im Bereich des Zentrumrings sinnvoll sei.

#### **4 Mitteilungen des Bürgervorstehers**

Der Bürgervorsteher berichtet von einer Einladung des Vereins Jordsand an die Stadtverordnetenversammlung, die am heutigen Tage im Rathaus eingegangen ist. Es geht dabei um die Eröffnung der Fotoausstellung „Natur Schönheiten der Uecker-Randow-Region“, die am Dienstag, dem 30. September, um 16 Uhr, stattfindet.

Weiter gibt Bürgervorsteher Bandick bekannt, dass die Stadtverordnete Wilmer ein Arbeitsverhältnis i. S. von § 32 Absatz 4 angezeigt habe. Sie sei darauf hingewiesen worden, dass sie eine mögliche Befangenheit mitzuteilen habe und im Zweifelsfall die Stadtverordnetenversammlung bzw. die Ausschüsse hierüber zu entscheiden hätten.

#### **5 Festsetzung der Tagesordnung**

Abgesetzt werden auf Empfehlung des Hauptausschusses der Bericht der Gleichstellungsbeauftragten, die Änderung der Hauptsatzung sowie die Änderung der Geschäftsordnung.

Einstimmig beschließt die Stadtverordnetenversammlung die nicht öffentliche Behandlung der Grundstücksangelegenheit.

Mit diesen Änderungen verabschiedet die Stadtverordnetenversammlung die mit der Einladung verschickte Tagesordnung einstimmig.

#### **6 Genehmigung des Protokolls Nr. 07/08 vom 14.07.08**

Die Niederschrift wird ohne Einwand genehmigt.

#### **7 Bericht der Bürgermeisterin**

Die Bürgermeisterin berichtet über den positiven Ausgang eines Verfahrens vor dem OVG Schleswig, im Hinblick auf die Bewirtschaftung des Grundstücks „Alte Meierei“, welches heute eingezogen werden sollte.

#### **7.1 Jahresbericht 2007 der Gleichstellungsbeauftragten**

- abgesetzt -

**7.2 Entscheidung über die Gültigkeit der Gemeindewahl am 25. Mai 2008 2008/115**

**Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig:**

1. Der Einspruch des Herrn Schädel vom 12. Juni 2008 ist zulässig aber offensichtlich unbegründet und wird daher zurückgewiesen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass keine der Fälle des § 39 Nr. 1 – 3 Gemeinde- und Kreiswahlgesetz vorliegen.
3. Die am 25. Mai 2008 dieses Jahres durchgeführte Gemeindewahl wird für gültig erklärt.

**8 Antrag der GRÜNEN auf Umbesetzung der Ausschüsse AN/0015/2008**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt auf Antrag der Grünen (siehe Anlage) einstimmig die veränderte Zusammensetzung der Ausschüsse.

- 9      **34. Flächennutzungsplanänderung der Stadt Ahrensburg      2008/105**  
**für den Ortsteil Wulfsdorf**  
**- Aufstellungsbeschluss-**  
**- Zustimmung zum Entwurf -**  
**- Beschluss über die öffentliche Auslegung gemäß § 3**  
**Abs. 2 BauGB -**  
**- Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4**  
**Abs. 1 BauGB -**

*Der Stadtverordnete Bellizzi nimmt auf Grund § 32 Absatz 3 in Verbindung mit § 22 Gemeindeordnung an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.*

**Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mit großer Mehrheit:**

1. Für den Ortsteil Wulfsdorf wird die 34. Flächennutzungsplanänderung der Stadt Ahrensburg aufgestellt. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch ortsüblich bekannt zu machen.
2. Dem Entwurf der 34. Flächennutzungsplanänderung der Stadt Ahrensburg wird zugestimmt.
3. Der Entwurf der Flächennutzungsplanänderung, die Begründung und die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen sind nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Ort und Dauer der Auslegung sind mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt zu machen.
4. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch zu beteiligen und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung aufzufordern. Sie sind von der öffentlichen Auslegung zu unterrichten.

**10      35. Flächennutzungsplanänderung - Gebiet Beimoor Süd      2008/096**  
**Sportflächen**

- Gelände südlich der neuen Gewerbeflächen Beimoor Süd begrenzt östlich durch den verlängerten Kornkamp, südlich durch den Ostring und westlich angrenzend an das neue Gewerbegebiet des B-Planes Nr. 82
- Zustimmung zum Vorentwurf
- Aufstellungsbeschluss
- Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange
- Abstimmung mit der Landesplanungsbehörde

**Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für das in der Anlage näher gekennzeichnete Gebiet Beimoor Süd Sportflächen eine Änderung der 30. Flächennutzungsplanänderung aufzustellen (35. Flächennutzungsplanänderung). Dabei sind die Grundaussagen zu den geänderten Sportflächen – wie im Bebauungsplanentwurf Nr. 82, der im Parallelverfahren offen gelegt wird – zugrunde zu legen. Die Lage der Sport- und Freizeitanlagen ist im Rahmen der parallel aufgestellten B-Planaufstellung im Detail abzuklären.
2. Der Vorentwurf der 35. Flächennutzungsplanänderung für das Gebiet Beimoor Süd Sportfläche, Gelände wie vor beschrieben, wird in der vorliegenden Fassung gebilligt.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung wird im Rahmen einer Bau- und Planungsausschusssitzung vorgenommen.
4. Die Behörden und Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 1 BauGB zu beteiligen.

**11 36. Flächennutzungsplanänderung**  
**- Aufstellungsbeschluss**  
**Bebauungsplan Nr. 67 - 2. Änderung**  
**- Aufstellungsbeschluss**

**2007/113**

**Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mit großer Mehrheit:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für das Gebiet „südlich des Geländes der ehemaligen Friedrich-Ebert-Stiftung, Am Kratt“ die 36. Flächennutzungsplanänderung mit der Gebietsausweisung, Flächen für Maßnahmen zum Schutz zur Pflege und Entwicklung der Landschaft und Grünfläche, aufzustellen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für das Gebiet „Gelände der ehemaligen Friedrich-Ebert-Stiftung, Am Kratt“ begrenzt durch den Wanderweg den Bebauungsplan Nr. 67 – 2. Änderung aufzustellen. Dabei sind die Darstellungen aus der parallel in Aufstellung befindlichen 36. Flächennutzungsplanänderung mit der Gebietsausweisung, Flächen für Maßnahmen zum Schutz zur Pflege und Entwicklung der Landschaft und Grünfläche zu entwickeln.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Öffentlichkeit möglichst frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung sich wesentlich unterscheidender Lösungen, die für die Neugestaltung und Entwicklung des Gebietes in Betracht kommen und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich zu unterrichten.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, zu unterrichten und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufzufordern.

- 12 **Bebauungspläne Nr. 88a und 88 b (östliche Erweiterung der Mischbauflächen Beimoor Süd und der Gewerbe- und Grünflächen) 2007/160/1**  
**- Änderung des Geltungsbereiches**  
**- Aufstellungsbeschluss**

**Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mit großer Mehrheit:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für das Gebiet südlich des Beimoorweges von der Straße verlängerter Kornkamp bis zur östlichen Grenze des bestehenden Gewerbegebietes Nord, südlich begrenzt durch die Aue und den Ostring, die zwei Bebauungspläne 88 a und 88 b aufzustellen. Dabei sind die Darstellungen aus dem zurzeit in Aufstellung befindlichen Flächennutzungsplan mit der Gebietsausweisung gemischte Bauflächen, gewerbliche Bauflächen und Grünflächen mit Ausgleichsflächen zu entwickeln.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Öffentlichkeit möglichst frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung sich wesentlich unterscheidender Lösungen, die für die Neugestaltung und Entwicklung des Gebietes in Betracht kommen und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich zu unterrichten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, zu unterrichten und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufzufordern.

**Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig:**

Der Einziehung des öffentlichen Parkplatzes zwischen dem Heinz-Beusen-Stieg und der Carl-Barckmann-Straße wird zugestimmt; die konkrete Fläche ist dem als Anlage zu Vorlagen Nr. 2008/032 beigefügten Lageplan zu entnehmen.

**14      Ausbau des verlängerten Heinz-Beusen-Stieges  
- Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe**

**2008/117/2**

**Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig:**

Bei der HHSt. 6308.9500 „Ausbau Heinz-Beusen-Stieg“ wird gemäß § 82 Abs. 1 GO einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 185.000 € zugestimmt.

Die Deckung ist gewährleistet durch Mehreinnahmen bei der HHSt. 6150.3640 „Rückzahlung Sanierungsträger“ in Höhe von 90.000 € und darüber hinaus im Umfang von 95.000 € durch eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage.

**Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig:**

1. Für die Durchführung des Betriebes des Kulturzentrums Marstall erhält der Förderverein Kulturzentrum Marstall e. V. in 2008 einen nachträglichen Zuschuss in Höhe von 20.000 €. Die Deckung der Mehrausgaben in Höhe von 20.000 € (bei der HHSt. 3400.7171) erfolgt über Minderausgaben in gleicher Höhe bei der HHSt. 4645.7002 (Zuschuss Kindergärten an die Ev.- Luth. Kirchengemeinde).

**16 Aufstellung des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein 2008/133/1**

- **Anhörungs- und Beteiligungsverfahren gemäß Landesplanungs-gesetz**
- **Stellungnahme der Stadt Ahrensburg**

Den Sachvortrag hält der Stadtverordnete Haase.

Stadtverordneter Koch empfindet die vorliegende empfohlene Stellungnahme als zu einseitig und fachlich nicht immer fundiert. Aus nachvollziehbaren Analysen würden die falschen Schlüsse gezogen. Er bezieht sich im Wesentlichen auf drei Punkte: erstens die demographische Entwicklung. Hier müsse ebenso beachtet werden, dass nicht nur die Einwohnerzahl in Schleswig-Holstein bis zum Jahre 2025 um 70.000 abnehmen werde sondern auch der Bedarf an Wohnraum um 53.000 Wohnungen steigen werde. Weiter sei der Landesentwicklungsplan die oberste und abstrakteste von vier Entwicklungsebenen, die jeweils heruntergebrochen würden. Der Vorwurf, die örtlichen Gegebenheiten seien nicht ausreichend berücksichtigt, sei insofern fachlich nicht fundiert. Der entscheidende Punkt sei aber die Argumentation, man wolle keine Flächensiedelung und stattdessen zentrales Wohnen. Vom Grundsatz her sei diese Argumentation nachvollziehbar, jedoch würden die falschen Schlüsse gezogen. Landesweit betrachtet solle die bauliche Entwicklung in den Zentren und Ballungsräumen entlang der Verkehrsachsen erfolgen. Ahrensburg erfülle genau diese Voraussetzungen und sei deshalb prädestiniert für weiteres Wachstum. Der vorliegende Entwurf sei in sich widersprüchlich und mit dieser Stellungnahme würde man sich in Kiel keinen Gefallen tun. Im harmlosesten Fall würde die Stellungnahme keine Beachtung finden. Sie könnte aber auch zu Nachteilen in den Entwicklungsmöglichkeiten führen. Stadtverordneter Koch beantragt deshalb alternativ zum Beschlussempfehlung des Bau- und Planungsausschusses (Vorlage 2008/133.1) über den Beschlussvorschlag der Verwaltung in der Vorlage 2008/133 abzustimmen.

Bürgermeisterin Pepper führt aus, dass der Landesentwicklungsplan den Zielen der Mittelstädte, die auf den Entwicklungsachsen lägen, entspräche. Auch das Bekenntnis der Landesregierung, wo eine Entwicklung und an welchen Stellen keine Entwicklung stattfinden solle, sei zu begrüßen; ebenso wie die Stärkung des zentralörtlichen Systems. Die empfohlene Stellungnahme beziehe sich zu stark auf den - zwar wesentlichen - Punkt demographische Entwicklung und Wohnraumversorgung. Die Stadt solle sich nicht nur darauf beschränken, sondern ein grundsätzlich positives Signal senden. Die Entwicklung von Wohnraum könne auch mit Nachbargemeinden auf Ebene der Regionalplanung erfolgen.

Stadtverordnete Löwer äußert die Auffassung, die Landesentwicklungsplanung bzw. die Vorgaben des Landes seien zu pauschal. Die Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses, auf Antrag ihrer Fraktion, sei der Versuch ein Modell für Ahrensburg zu entwickeln. Diese Stellungnahme bezöge sich ganz gezielt auf die Wohnraumentwicklung, denn die Zukunftswerkstatt hätte

gezeigt, dass die Ahrensburger ein moderates Wachstum ihrer Stadt wollten.

Stadtverordneter Möller empfindet die vom Bau- und Planungsausschuss empfohlene Stellungnahme als verworren und in sich widersprüchlich. In seinen Ausführungen entspricht er im Wesentlichen inhaltlich der Bürgermeisterin und dem Stadtverordneten Koch. Darüber hinaus führt er aus, dass der „Schutz des Immobilienmarktes“ sachfremd sei. Jedenfalls sei mit seiner Fraktion das Knapphalten von Wohnraum nicht zu machen. Abschließend signalisiert Stadtverordneter Möller die Zustimmung zu dem in der Sitzung gestellten Antrag des ursprünglichen Beschlussvorschlages.

Stadtverordneter Schade betont, die Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses beinhalte für Ahrensburg die Priorität von Verdichtung gegenüber Wachstum an der Peripherie. Die Stellungnahme sollte nicht überinterpretiert werden. Vielmehr sei sie umfassend, deutlich und mit einem stärkeren Bezug zu Ahrensburg.

Stadtverordneter Koch trägt vor, dass der Landesentwicklungsplan lediglich einen Rahmen darstelle. Ahrensburg könne später selbst entscheiden, was hier passieren solle.

Abschließend stimmt die Stadtverordnetenversammlung über den Änderungsantrag des Stadtverordneten Koch ab. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt diesem mit 14 Ja-Stimmen bei 12 Nein-Stimmen und einer Enthaltung zu.



**18 Grundschule Am Reesenbüttel**  
**- Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 82 GO für den Einbau einer neuen Unterdecke in der kleinen Turnhalle -**

**2008/141**

**Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig:**

Für den Einbau einer neuen Unterdecke in der kleinen Turnhalle der Grundschule Am Reesenbüttel werden gemäß § 82 GO bei der Haushaltsstelle 2112.9505 „Einbau einer Akustikdecke/neue Beleuchtung für die Turnhalle“ 46.500 € überplanmäßig bereitgestellt.

**Deckungsvorschlag:**

Minderausgaben bei der HHSt. 2116.9520 „Dachsanierung Grundschule Am Aalfang“ in Höhe von 30.000 €

Minderausgaben bei der HHSt. 2114.9420 „Erneuerung Bodenbeläge Grundschule Am Hagen“ in Höhe von 6.700 €

Mehreinnahmen bei der HHSt. 2310.3610 „Zuwendung des Landes“ in Höhe von 9.800 €

- abgesetzt -

**20 Änderung der Geschäftsordnung der Stadtverordneten- 2008/145**  
**versammlung**

- abgesetzt -

**21 Europaweites Interessenbekundungsverfahren zum Bau AN/0014/2008 und Betrieb eines Parkhauses in der Innenstadt**

Nach umfassender Diskussion beschließt die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der SPD-Fraktion mit 16 Ja- und 11-Nein-Stimmen, dass das Thema „Bau und Betrieb eines weiteren Parkhauses in der Ahrensburger Innenstadt“ erst einmal im zuständigen Bau- und Umweltausschuss beraten wird, bevor ein europaweites Interessenbekundungsverfahren eingeleitet wird.

Im Rahmen der Debatte, wird ein Antrag des Stadtverordneten Rotermundt auf Ende der Rednerliste mehrheitlich angenommen.

Ein Antrag des Stadtverordneten Haase, der lautet: „Die SPD-Fraktion beantragt, das Lindenhof-Grundstück am Bahnhof nicht als mögliches Baugrundstück für ein Parkhaus vorzusehen, weil diese Grundstück als Busbahnhof für ein allgemein gewolltes Stadtbussystem zwingend benötigt wird.“ wird nicht zur Abstimmung gestellt.

gez. Werner Bandick  
Vorsitz

gez. Sven Wilke  
Protokoll